

Philip Alexander van Vloten

**Neue
Herausforderungen
für die**

internationale Sicherheitspolitik?

**Die »dämonische Trias«
am Fallbeispiel Afghanistan**

- **Schattenglobalisierung**
- **Neue Kriege**
- **Private Militär- und Sicherheitsfirmen**

Philip Alexander van Vloten

Neue Herausforderungen für die internationale Sicherheitspolitik?

Die »dämonische Trias«
am Fallbeispiel Afghanistan

Schattenglobalisierung
Neue Kriege
Private Militär- und Sicherheitsfirmen

Master Thesis zur Erlangung des akademischen
Grades Master of Arts (M.A.)
im Studiengang Politikwissenschaft
der Universität Bremen

Dieses Buch ist bei der Deutschen Nationalbibliothek registriert:
Die bibliografischen Daten können online angesehen werden:
<http://dnb.d-nb.de>

*Diese Arbeit ist meinen Eltern sowie
meiner Schwester gewidmet.*

*»Nur die Toten haben das Ende des Krieges gesehen.«
(Platon)*

© 2014 by KellnerVerlag, Bremen | Boston

St.-Pauli-Deich 3 | 28199 Bremen

Tel. 04 21 77 866 | Fax 04 21 70 40 58

sachbuch@kellnerverlag.de

www.kellnerverlag.de

Layout: Lea Thielemann

Umschlag: Manuel Dotzauer

ISBN 978-3-95651-041-0

Inhalt

1. Einleitung	4
1.1 Theoretische Grundüberlegungen	13
1.2 Struktur und Aufbau der Arbeit	15
2. Definition und Wandel von Sicherheitspolitik	17
3. Die Dynamik der Globalisierung beschränkt auf die OECD-Welt – Das Zentrum-Peripherie-Problem	20
3.1 Die drei Sektoren der Weltwirtschaft	27
3.2 Der Wandel der Kriegsökonomie durch die Globalisierung	31
3.3 Reproduktionsquellen/Persistenz der Kriegsökonomie	33
4. Definition des Krieges	36
4.1 Symmetrischer (zwischenstaatlicher) Krieg/asymmetrischer (klassischer Bürger-) Krieg	40
4.2 Die »neuen Kriege« und ihre Merkmale	45
4.3 Die globalisierte Ökonomie der Gewalt in den »neuen Kriegen«	53
4.4 Die Kritik an den »neuen Kriegen«	59
5. Private Military Companies (PMC's) – kurze Einführung	64
5.1 Charakteristika und Typologien von Private Military Companies	67
5.2 Ursachen für die Entstehung und den Aufstieg von Private Military Companies	72
5.3 Regulierungsmöglichkeiten von Private Military Companies	79
6. Skizzierung des Afghanistan-Konfliktes (1979 – 2013)	86
Die Wirkung der dämonischen Trias auf die internationale Sicherheits- politik zu Beginn des 21. Jahrhunderts am Beispiel Afghanistan	
6.1 Erster Bestandteil: die Globalisierung	89
6.2 Zweiter Bestandteil: die »neuen« Kriege	96
6.3 Dritter Bestandteil: die privaten Militär- und Sicherheitsfirmen	106
7. Schlussbetrachtung	115
8. Literaturverzeichnis	124

1. Einleitung

» Es fürchtet jemand die Umwandlung? Was soll denn ohne Umwandlung geschehen?« (Kaiser Marc Aurel 180 n. Chr.). Dieser Ausspruch beschreibt die sicherheitspolitischen Veränderungen im internationalen System nach der Konfrontation der beiden Supermächte USA und Sowjetunion. Diese Konfrontation hat die zweite Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts geprägt und fand mit dem Zerfall der Sowjetunion ihr Ende. Damit einhergehend endete die Auseinandersetzung zweier miteinander konkurrierender Weltanschauungen (Kommunismus versus marktwirtschaftliche Demokratie), die die Essenz des Kalten Krieges bildeten (Follath 2007, 14). Aufgrund des jeweiligen Besitzes von Nuklearwaffen standen die beiden Supermächte in der Zeit des Kalten Krieges (1945–1991) mehrmals am Rande eines Atomkrieges. Die Unkalkulierbarkeit der Folgen eines Nuklearwaffeneinsatzes zwang die Supermächte jedoch, diese Waffengattung nur zur Abschreckung zu benutzen. Folglich kam es zu einem sich über Jahrzehnte hinziehenden Wettlauf zwischen beiden Machtblöcke auf das Ziel hin, die Weltpolitik möglichst weitgehend zu bestimmen. Die Bedrohung einer vollkommenen nuklearen Zerstörung der Welt führte dazu, dass Krieg zwischen den Supermächten nur noch auf gedanklicher Ebene und nicht mehr in der Realität durchgeführt wurde (Ploetz 2000, 68). Mit dem Ende des Ost-West-Konfliktes erfuhr die Erwartung eines langen und stabilen weltweiten Friedens nahezu globale Verbreitung. Bedauerlicherweise hat sich die Hoffnung nicht erfüllt. Ganz im Gegenteil hat sich der Komplexitätsgrad internationaler sicherheitspolitischer Problematiken erhöht. Dies gilt sowohl für den zwischenstaatlichen als auch für den innerstaatlichen Raum. Darüber hinaus existieren neuartige, früher nicht vorhandene Sicherheitsprobleme, und es gibt – im Zusammenhang damit – Akteure, die sich jenseits von territorial-staatlichen Grenzziehungen bewegen und operieren (Nolte 2006, 371). Aufgrund der Interdependenz ist ein simples Reagieren auf diese besagten Problematiken nicht ausreichend, sie erfordern eine aktive Bearbeitung.

Mit dem Untergang der Sowjetunion und mit dem Fall des Eisernen Vorhangs durchdringt und durchsetzt das Prinzip des Weltmarktes den Globus. Die fortschreitende und allgemeine Überwindung von territorialen Barrieren und Beschränkungen des Globalisierungspro-

zesses erscheint als nahezu allmächtige Triebkraft, die politische, ökonomische, soziale, kulturelle und technische Veränderung herbeiführt (Brown 2007, 47). Die ökonomische Globalisierung führt zu einem Prozess zunehmender Entfesselung und Entgrenzung im weltökonomischen System. Dies geschieht vor dem Hintergrund inadäquater weltweiter Rahmenbedingungen und intensiver Beschleunigung jeglicher Art von Transaktionen. Die Antriebskräfte der Globalisierung basieren auf gravierenden neuen Entwicklungen in der Verkehrs- und Kommunikationstechnologie. Sie steigern die Mobilität und beschleunigen die Verbreitung von Produkten und Ideen. Gleichzeitig erlaubt die Dynamik von deregulierten Kapital- und Gütermärkten blitzschnelle Finanzbewegungen mit weitreichenden Folgen für die betroffenen Staaten, Gesellschaften und Individuen (Rademacher 2008, 242). Die mit der Globalisierung verbundene Entgrenzung (Aufhebung der Raum-/Zeitdimension) bewirkt die Transnationalisierung von Problemlagen, deren Ursachen somit jenseits von nationalstaatlichen Grenzen liegen. Deren Verursacher, die vermehrt gesellschaftliche Akteure sind, agieren transnational, und ihre Aktivitäten haben grenzüberschreitende Auswirkungen. Dies gilt ebenfalls für ökologische und soziokulturelle Ereignisse. Dementsprechend werden Sicherheitsbedrohungen für den Staat nicht mehr ausschließlich als territoriale Bedrohungen, die von anderen Staaten ausgehen, angesehen (Voigt 2005, 54). Die neuen Bedrohungspotenziale für die kollektive und individuelle Sicherheit reichen von internationalem Terrorismus sowie internationaler und transnationaler Kriminalität bis hin zu Umweltkatastrophen, globalen Pandemien und weltweiten Migrationsbewegungen. Die durch die Globalisierung hervorgerufene Transnationalisierung von Problematiken kann grenzüberschreitende Effekte besitzen, selbst dann, wenn sie nicht transnational sind (Zangl/Zürn 2003, 158). Die Funktionsfähigkeit der westlichen ökonomischen Systeme ist folglich neuen Sicherheitsrisiken ausgesetzt; diese Systeme sind außerordentlich verwundbar geworden. Die Projektion nationalstaatlicher Grenzen als verlässliche Sicherheitsbarrieren für die individuelle und kollektive Sicherheit verblasst. Die Globalisierung scheint die Souveränität der Nationalstaaten hinsichtlich ihrer gestalterischen Handlungsmöglichkeiten einzuschränken. Alle diese Geschehnisse sind sowohl Erscheinungsform als auch Ursache der Globalisierung. Inwieweit die Globalisierung einen dynamischen und zielgerichteten Prozess darstellt und welchen möglichen Endzustand sie erreichen könnte, bleibt weiterhin unbeantwortet.

tet (Ruf 2003a, 13). Während die Globalisierung im OECD-Raum wirtschaftliche Chancen, ökonomisches Wachstum, technischen Fortschritt und verstärkte Interdependenzen schafft, verschärft sie gleichzeitig jenseits dieses Raumes politische, ökonomische und kulturelle Disparitäten. Diese marginalisierten Weltregionen existieren nicht außerhalb des globalen Kapitalismus, sondern sie repräsentieren dessen barbarische Rückseite (Lock 2003, 114). Diese dunkle Seite der Globalisierung ist der weitestgehende wirtschaftliche Ausschluss der Entwicklungsländer von den bestehenden konventionellen, globalen, ökonomischen Netzwerkstrukturen. Diese wirtschaftliche Schwäche resultiert aus der mangelnden ökonomischen Konkurrenzfähigkeit der Entwicklungsländer. Ferner produzieren diese Verwerfungen ebenfalls soziale, kulturelle und politische Marginalisierungen. Diese Fragmentierungen bewirken eine Informalisierung von Politik, Gesellschaft, Arbeit und Kapital. Somit entsteht eine zunehmende Ungleichheit der Einkommenssicherung, die nur durch ein Abdriften in die Illegalität vermeintlich ausgeglichen werden kann (Ruf 2003a, 16). Zeitgleich reintegrieren sich die Ökonomien der Entwicklungsländer über ein weit verzweigtes System von transnationalen Schattenkanälen in den globalisierten Weltmarkt. Diese Ambivalenz der Globalisierung (Gegensatz zwischen arm und reich) findet ihren Ausdruck in den sogenannten »gated communities« (von privaten Sicherheitsdienstleistern geschützte Rückzugszonen der Finanzeliten) (von Boemcken 2010, 303). Diese Zentren sind nicht mehr auf urbane und ländliche Gebiete der Dritten Welt beschränkt, sondern sind ebenfalls in zahlreichen Schwellenländern und in Industriestaaten (wie USA) zu finden. Die Schattenökonomie ist ein globales Geflecht transnationaler krimineller Netzwerke. Sie verkörpert die auf Gewalt basierende informelle und kriminelle Ökonomie jenseits der formal rechtlich regulierten Ökonomie. Sie dringt unaufhaltsam und umfassend in die formale Ökonomie der westlichen Industriestaaten ein. Die Schattenglobalisierung bildet die Verbindung zwischen Kriegsökonomien in innerstaatlichen bewaffneten Konflikten und den formalen globalen Waren- und Dienstleistungsströmen (Lock 2003, 119). Vorausgesetzt, Kriegsparteien verfügen über schattenwirtschaftlich absetzbare Ressourcen, bietet die Schattenökonomie die Grundlage für die Versorgungslogistik der jeweiligen Kriegsparteien. Gleichzeitig verwischt die Gewaltlogik der informellen und kriminellen Schattenökonomie die Unterscheidung zwischen Krieg und Frieden. Es entsteht ein völlig deregulierter freier Markt. Die schattenökonomischen Netz-

werke benötigen für ihre Existenz reguläre Märkte, in die sie ihre Gewinne und ihre Tauschhandlungen einschleusen können. Somit ist die OECD-Welt ein notwendiger Operationsraum von Kriegsökonomien und bietet eine bislang uneingestandene Revitalisierungsmöglichkeit von bewaffneten Konflikten. Diese Schattenökonomie ist ein Ausdruck der gegenwärtigen Globalisierung unter den Rahmenbedingungen neoliberaler Ordnungspolitik und entspricht daher der Dualität der Globalisierung (Seibert 2003, 19).

Mit dem Ende des Kalten Krieges haben sich die internationalen Rahmenbedingungen hinsichtlich des Phänomens des Krieges geändert. Dabei ist ein Wandel des weltweiten Kriegsgeschehens zu beobachten. Diese Entwicklungen sind eng mit der Globalisierung verbunden. Sie und die schwindende Funktionsfähigkeit vieler Entwicklungsländer haben zu einer dramatischen Erosion des staatlichen Gewaltmonopols geführt. Die Anzahl der zwischenstaatlichen Kriege ist weltweit auf 1,1 Kriege pro Jahr gesunken. Gleichzeitig ist die Zahl der innerstaatlichen Konflikte explosionsartig auf 20 pro Jahr angestiegen (Schreiber 2010, 48). Diese besagten innerstaatlichen/substaatlichen Konflikte werden als »neue Kriege« bezeichnet. Sie sind von einer komplexen und persistenten Konfliktstruktur geprägt. Ferner tendieren sie dazu, dass ihre Ursachen in Vergessenheit geraten, und dass sie zu grenzüberschreitenden Problemen mutieren. Ihre Auswirkungen entwickeln eine Eigendynamik, die einerseits eine Beendigung des Krieges vor Ort erschweren, andererseits eine Gewaltspirale entfachen, die den Frieden ganzer Regionen sowie unter Umständen den Weltfrieden bedrohen (Müller 2010, 37). Diese »neuen Kriege« sind eine Mischform von ökonomischen Ungleichheiten, Armut, politisch-sozialer und ethnischer Diskriminierung. Das Zusammenspiel dieser Gegebenheiten und die dazugehörige subjektive Wahrnehmung der Akteure sowie die daraus resultierende Eigendynamik bewirken eine Eskalationsspirale, die zu einem bewaffneten Konflikt führen kann. Eine symptomatische Begleiterscheinung dieses Phänomens ist der Staatszerfall, welcher sich in der Unfähigkeit des Staates, öffentliche Güter wie Sicherheit, Bildung, Rechtssystem, Gesundheit und ökonomische Entfaltung bereitzustellen, ausdrückt (Pittwald 2010, 100).

Während des Ost-West-Konfliktes haben die Supermächte, basierend auf der geopolitischen Ordnungsstruktur der Systemkonfrontation und entsprechend der jeweiligen Zugehörigkeit, Rebellenbewegungen oder Regierungen in zahlreichen innerstaatlichen Kriegen in

der Dritten Welt unterstützt. Das Ende der bipolaren Ordnung hat zu einem materiellen und finanziellen Rückzug der beiden Supermächte aus diesen »Stellvertreterkriegen« geführt. Die Marktliberalisierung, bestehend aus freiem Handel und ökonomischer Globalisierung, hat die ehemals staatlich geförderte Entwicklung als dominantes Entwicklungsmodell abgelöst (Schreiber 2010, 49).

Das Ausbleiben der Alimentierung zwingt Konfliktparteien, neue Möglichkeiten der systematischen Selbstfinanzierung zu erschließen. Daraufhin ist der Verkauf von Rohstoffen und der verstärkte Rückgriff auf kriminelle Aktivitäten Basis für die Finanzierung ihres Krieges geworden. Trotz der gesamtgesellschaftlichen Zerstörung des Zusammenlebens und der Infrastruktur durch den Krieg hat sich der bewaffnete Konflikt für eine Vielzahl von Kriegsteilnehmern zu einem attraktiven und profitablen Geschäft transformiert (Wulf 2005, 19). Die systematische Anwendung von Gewalt wird zur treibenden Kraft hinsichtlich der Fortsetzung des Krieges. Gewalt und kriegerische Handlungen sind das Mittel zur ökonomischen Reproduktion, wodurch die Gewalt legitimiert wird. Somit ist der Krieg eine Form der Aneignung von Ressourcen, begleitet von einem potenziellen Aufstieg der beteiligten Kriegsakteure. Beide Vorgänge werden von unbeschreiblicher Grausamkeit flankiert (Ruf 2003a, 34). In derartigen gewaltoffenen Räumen kristallisieren sich radikale und völlig deregulierte Gewaltmärkte heraus. Die Einkommensgenerierung in solchen Märkten basiert auf der systematischen Anwendung von Gewalt, auf Raub, Plünderungen, Ausbeutung von Rohstoffen und Arbeitskraft, Entführung und Erpressung. Das Abschöpfen von internationalen Gütern ist in den Gewaltmärkten immanent. Die Anbindung der Gewaltmärkte durch die Kanäle der Schattenglobalisierung – transnationale kriminelle Netzwerke – an den Weltmarkt ermöglicht, die geraubten und geplünderten Güter gewinnbringend in den globalen Wirtschaftskreislauf einzuschleusen (Müller 2010, 34). Die Vernetzung lokaler Kriegsökonomien mit ihren regionalen und globalen Absatzmärkten forciert eine permanente Revitalisierung des Kriegszustandes. Zusätzlich wird die im Ausland lebende – ethnische oder religiöse – Diaspora ebenfalls teilweise gezwungen, sich an der Finanzierung der Gewalt zu beteiligen. Somit sind die Kriegsökonomien dieser neuen innerstaatlichen Kriege zwar geografisch verortbar, jedoch sind sie territorial entgrenzt und global zerstreut. Ohne den Zugang zu den globalen Absatzmärkten wäre eine Verstetigung der Gewalt in den »neuen Kriegen« anscheinend nicht möglich. Die ex-

terne Finanzierung des Krieges und das interne Reservoir schürt die Persistenz des Kriegszustandes (Münkler 2007a, 11). Selbstverständlich bedeutet dies nicht, dass sämtliche Kriege der jüngeren Vergangenheit ausschließlich über die Kanäle der Schattenglobalisierung finanziert worden sind. Die politisch kontrollierten Ressourcenzuflüsse von interessierten Dritten – sei es Großmacht, Unterstützungsmacht oder Anlehnungsmacht – sind weiterhin für eine ganze Reihe von innerstaatlichen Kriegen von Bedeutung. Jedoch sind bei einer wachsenden Anzahl von »neuen Kriegen« derartige politische Zuwendungen kaum noch festzustellen. Die Finanzierung des Krieges über die Kanäle der Schattenglobalisierung eröffnet Kriegsparteien nämlich eine politische Unabhängigkeit gegenüber den möglicherweise interessierten Dritten. Somit ist eine solche Finanzierung attraktiv (Münkler 2007a, 172). In Bezug auf die Schattenseite der Globalisierung und in Bezug auf die Entstehung neuer Kriegsdynamiken ist es vom besonderen wissenschaftlichen Interesse zu überprüfen, ob die genannten Phänomene in einer wechselseitigen Verbindung zueinander stehen und sich eventuell sogar gegenseitig bedingen.

Die Erosion des staatlichen Gewaltmonopols und der schleichende Staatszerfall bewirken vermehrt funktionale Störungen innerhalb der Souveränität von Entwicklungsländern. Der Staat kann die Durchsetzung von Recht und Ordnung nicht mehr garantieren. Das öffentliche Gewaltmonopol ist in vielen Entwicklungsländern partiell oder vollkommen zusammengebrochen und durch die grausame Realität von privaten Gewaltmärkten eingeholt worden (Hartmann 2009, 175). Diese offenen Gewaltmärkte – wie oben beschrieben – stehen in keinem Widerspruch zu den globalen Wirtschaftsstrukturen, da sie ein wesentlicher, integrativer Bestandteil des globalen Marktes und der ökonomischen Ordnung vor Ort sind. Diese gewaltoffenen Räume haben jeglichen Bezug zu nationalstaatlicher Regulierung von Gewalt verloren und unterliegen stattdessen nur dem Diktat des marktwirtschaftlichen Prinzips der Gewinnmaximierung (von Boemcken 2010, 301). In dem Maße, in dem der Staat sich aus der öffentlichen Sicherheit zurückzieht, wird das Vakuum von privaten Gewaltakteuren gefüllt. In dieser extremen Unsicherheit von kriegsähnlichen Zuständen müssen Individuen mit dieser Unsicherheit leben, oder sie schließen sich einem Gewaltakteur an, um ihr eigenes Überleben zu sichern. Hierbei verliert die Sicherheit den Status eines Kollektivgutes und transformiert sich zu einer kommerziellen und radikal lokalisierten Ware, die von einer Min-

derheit auf »Inseln des Wohlstandes« (»gated communities«) oder in Zonen ungleicher Sicherheit erworben werden kann (Wulf 2006, 92). Die unmittelbare Reaktion auf die fortschreitende Dekonstruktion des nationalstaatlichen Gewaltmonopols durch die Privatisierung von unten (private Gewaltakteure) ist eine ebenfalls durch die Globalisierungsdynamik produzierte, privatisierte und globalisierte Gegengewalt (Privatisierung von oben). Somit übertragen Staaten zunehmend bewusst teilweise militärische Aufgaben und staatliche Sicherheitsdienstleistungen auf private Militär- und Sicherheitsfirmen. Dementsprechend ist dieses Outsourcing eine Reaktion auf die veränderten sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen und eine Anpassung an die bestehenden Prinzipien des Weltmarktes (Wulf 2006, 91). Jene »Private Military Companies« (PMCs) scheinen sich durch ihre effektiven Strukturen und ihre straffe Organisation wirkungsvoller und kostengünstiger an die Bedingungen internationaler Konflikte anzupassen als staatliche Akteure. Diese Flexibilität wirkt sich besonders in Räumen begrenzter Staatlichkeit aus, in denen das staatliche Gewaltmonopol nahezu vollkommen zusammengebrochen ist. Das Spektrum des Dienstleistungsangebotes umfasst Kapazitäten, Fähigkeiten und Expertisen in unterschiedlichsten sicherheitsrelevanten Bereichen. Das vielfältige Aufgabenspektrum reicht von Objekt- und Personenschutz über Analyse- und Beratungstätigkeit, Ausbildung, Logistik, militärische Aufklärung, Planungs- und Strategieentwicklung bis hin zur Bereitstellung von Militäreinheiten für direkte Kampfhandlungen (Messner 2010, 124). Die weltweite Reduzierung militärischer Kapazitäten nach der Blockkonfrontation und das vermehrte Auftreten bewaffneter innerstaatlicher Konflikte haben zu einer signifikanten Erhöhung der Nachfrage nach militärischer Expertise geführt. Ferner sind Unternehmen und internationale Organisationen hinsichtlich ihrer Tätigkeit in Konfliktregionen auf die Fähigkeiten von PMCs angewiesen. Ohne deren Gewährleistung der Sicherheit wäre die Ausübung von Hilfsprojekten und Geschäftsbeziehungen vor Ort nicht möglich. Nichtsdestotrotz erfahren PMCs in der öffentlichen Aufmerksamkeit in der Regel eine negative Darstellung. Die sensationsgierige Berichterstattung täuscht über den essentiellen Beitrag von privaten Militär- und Sicherheitsfirmen für die Wiederherstellung der Sicherheit in einem vom Staatszerfall geprägten Gebiet hinweg (Messner 2010, 125). Ferner sind PMCs für transnational agierende Unternehmen von wesentlicher Bedeutung, da sie mithilfe der privaten Militär- und Sicherheitsfirmen ihre Interessen in

Räumen begrenzter Staatlichkeit direkt schützen und durchsetzen können. Gleichwohl sind PMCs kein Allheilmittel, da ihr Engagement ebenfalls negative Auswirkungen beinhaltet. Da sie direkt von staatlichen Regierungen oder privaten Akteuren engagiert werden, entziehen sie sich parlamentarischer Kontrolle. Dadurch unterlaufen sie in den westlichen Industriestaaten das Gewaltmonopol. Die ökonomische Motivation bezüglich der Gewinnmaximierung ist kritisch anzumerken und könnte im Einzelfall konträr zu demokratischen Prinzipien stehen und gegen die Interessen des Auftraggebers gerichtet sein (Schmidl 2010, 136). Darüber hinaus operieren PMCs in politischen und rechtlichen Grauzonen, in denen sich die westlichen Industriestaaten aus politischen oder militärischen Gründen nicht direkt engagieren wollen. Hierbei können PMCs als Instrument staatlicher Außenpolitik fungieren. Somit erfolgt zusätzlich ein »Outsourcing der Verantwortung« des Auftraggebers. Ihre private unternehmerische Struktur eröffnet PMCs Handlungsspielräume, die weder durch das Völkerrecht eingeschränkt scheinen noch demokratischer Legitimation oder Akzeptanz bedürfen (Ruf 2003a, 38).

Die Privatisierung der Gewalt von unten und von oben steht in einer Verbindung zu den Gegebenheiten innerhalb der »neuen Kriege« und zur ökonomischen Globalisierung. Demgemäß transformiert sich das öffentliche Gut der *Sicherheit* zu einem auf dem freien Markt erhältlichen Produkt. Durch die Möglichkeit des Erwerbs militärischer Kapazitäten auf dem globalen Markt wird eine direkte und schnelle Umwandlung ökonomischer Macht in militärische und damit einhergehend evtl. in politische Macht ermöglicht (Wulf 2006, 103).

Die gegebene Darstellung hat gezeigt, dass sicherheitspolitische Problemlagen in einer multipolaren Welt nicht an territorialen oder Bündnisgrenzen enden. Dies gilt sowohl für die Landesgrenzen der westlichen Industriestaaten als auch für die Staatsgrenzen der Entwicklungsländer. Sicherheitsrelevante Auswirkungen sind unkonventionell, verworren und multidimensional. Darüber hinaus besteht zwischen diesen Auswirkungen und der Globalisierung sowie zwischen privaten oder transnationalen Akteuren und Faktoren eine Verbindung (Gerdes 2010, 223). Besonders vom Staatsverfall geprägte Räume begrenzter Staatlichkeit haben sich aufgrund ihrer dynamischen Anpassungsfähigkeit und ihrer durch die Schattenglobalisierung verliehenen Internationalität zu einem beachtlichen Sicherheitsproblem von internationaler Tragweite entwickelt. Der Staatszerfall ist häufig mit gewaltsamen Auseinandersetzungen verbunden, die mit dem Phänomen der

»neuen Kriege« gleichzusetzen sind. Die mangelnde Kontroll- und Steuerungskapazität ermöglichen die Entstehung privater Gewaltakteure, welche die Legitimation staatlicher Institutionen und deren Autorität systematisch unterwandern und dadurch eine Parastaatlichkeit in ihrem Herrschaftsgebiet etablieren (Schneckener 2006a, 31). Zusätzlich manifestieren sich in einer solchen Umwelt Gewaltökonomien, von denen interne und externe Akteure profitieren. Dabei treiben diese Akteure gleichzeitig die Privatisierung und Kommerzialisierung des Krieges voran. Dementsprechend wird die gegebene Ordnung von politischen und ökonomischen Interessen privater Gewaltakteure dominiert, und das kann darüber hinaus Probleme in anderen Weltregionen evozieren (Rückzugsraum für den international agierenden Terrorismus) (Schneckener 2005, 29). Ferner kann eine Ausbreitung der fragilen Staatlichkeit die Rohstoffversorgung für die globalen ökonomischen Systeme beeinträchtigen und daher zur Gefahr für die globale Wirtschaftsordnung werden. Angesichts der Tatsache, dass westliche Industriestaaten keine hinreichenden Anreize besitzen, die eigene sicherheitspolitische Ausdehnung auf möglichst jedes Vakuum der politischen Ordnungsstruktur und Konfliktstruktur zu erstrecken – wie es im Kalten Krieg noch der Fall war –, wird die Nachfrage nach dem öffentlichen Gut *Sicherheit* verstärkt ökonomisch geregelt (Bailes 2006, 51). Demgemäß werden Bewegungsspielraum und Bedeutung von PMCs bezüglich der internationalen Sicherheitspolitik voraussichtlich zunehmen. Folglich ist die Privatisierung und Kommerzialisierung der Gewalt nicht nur ein lokales, sondern auch ein globales Problem. Im Hinblick auf die internationale Sicherheitspolitik im 21. Jahrhundert besteht eine evidente Verbindung zwischen der Schattenglobalisierung, zwischen dem Phänomen der »neuen Kriege« und zwischen privaten Militär- und Sicherheitsfirmen (Bryden 2006, 5). Ohne die Kanäle der Schattenglobalisierung besäßen die offenen Kriegsökonomien der »neuen Kriege« keinen Zugang zu dem globalen prosperierenden Welthandel der Wohlstandszonen. Durch diesen Anschluss erhalten sie permanent neue Ressourcen für die Fortsetzung des Krieges. Gleichzeitig sorgt die Kriegsökonomie für eine Verstetigung des Kriegszustandes, welcher wiederum stabilisierend auf die Kriegsökonomie wirkt. Dieser Kriegszustand bietet ein Tätigkeitsfeld für transnational agierende private Militär- und Sicherheitsfirmen, deren militärische Expertise und Effektivität bezüglich sicherheitspolitischer Ordnungsaufgaben wiederholt unter Beweis gestellt worden sind (Mair 2002, 58).

1.1 Theoretische Grundüberlegungen

Vor diesem Hintergrund richtet sich das leitende Erkenntnisinteresse des Verfassers der vorliegenden Arbeit auf die Analyse der Verbindung zwischen dem Phänomen der Globalisierung, im Besonderen der Schattenglobalisierung, zwischen dem Phänomen der »neuen Kriege« und zwischen dem Phänomen der privaten Militär- und Sicherheitsfirmen hinsichtlich sicherheitsrelevanter Bedrohungen für das internationale Staatensystem. **Bisher hat die Wissenschaft diese drei Realitäten jeweils einzeln unter verschiedenen Gesichtspunkten untersucht, jedoch nicht deren Zusammenspiel auf die internationale Sicherheitspolitik analysiert.** Um die Komplexität und Multidimensionalität sowie die Einzigartigkeit dieser drei Realitäten hinsichtlich ihrer jeweiligen expliziten Auswirkungen auf die internationale Sicherheitspolitik sowie ihre Wechselwirkungen aufeinander zu untersuchen, bedarf es eines neuen Gedankenkonstruktes, welches die Konsequenzen der drei Realitäten auf die internationale Sicherheitspolitik im 21. Jahrhundert in ihrer Gesamtheit erfasst.

Der Verfasser bezeichnet die drei herausgearbeiteten und aufeinander wirkenden Realitäten im Folgenden als dämonische Trias. Dies ist als Ausdruck einer schleichenden Bedrohung für die internationale Sicherheitspolitik im 21. Jahrhundert zu verstehen. Wie aus der gegebenen Darstellung zu entnehmen ist, besteht die dämonische Trias aus den drei Phänomenen der Globalisierung, den »neuen Kriegen« sowie aus privaten Militär- und Sicherheitsfirmen. Die Globalisierung lässt weltweite Allokationsmechanismen entstehen, die ökonomische Prozesse auf globaler Ebene miteinander integrieren. Dabei formieren sich politische, technologische und soziokulturelle Folgeprozesse, denen sich kein Staat entziehen kann. Trotz der Tatsache, dass es sich bei dem Modell der »neuen Kriege« um keine abgeschlossene Theorie handelt, ist dieses Konstrukt hilfreich, da es, ungeachtet der bestehenden Kritik, zu einem besseren Verständnis der sozialen, ökonomischen und politischen Dynamiken im Krieg beigetragen hat (Geis 2010, 71). Die privaten Militär- und Sicherheitsfirmen sind soziale Akteure, welche grundsätzliche Widersprüche des internationalen Systems widerspiegeln. Sie sind keine Abweichung von der sozialen Norm, sondern ein konstituierendes Merkmal der sozialen Ordnung der Welt. Diese soziale Ordnung konstruiert sich aus den Umstrukturierungsprozessen der Globalisierung. Dies schlägt sich im erheblichen Bedeutungszuwachs